Europäische Friedenssicherung in Afrika

Eine Reihe von Staaten in Afrika – Sudan und Südsudan, Somalia, Côte d'Ivoire und die Demokratische Republik Kongo – werden seit Jahrzehnten bei der Krisenbewältigung von der internationalen Gemeinschaft unterstützt. In den letzten beiden Jahren sind Mali und die Zentralafrikanische Republik hinzugekommen. Diese Krisen haben zu einer Wiederbelebung der seit 2009 brachliegenden Zusammenarbeit zwischen Europäischer Union und Vereinte Nationen in der Friedenssicherung geführt. EU und UN beteiligen sich – oft gemeinsam mit der Afrikanischen Union – in unterschiedlichen Konstellationen an den Missionen. Das vorherrschende Muster dabei ist: das Autonomiegebot der beiden Akteure, eine klare Aufgabenteilung und die Dominanz Frankreichs. Dieses Muster funktioniert leidlich, doch von einer nachhaltigen, gleichberechtigten und effizienten Zusammenarbeit kann bislang keine Rede sein, so **Manuela Scheuermann**.

Bei den Krisen in Mali und der Zentralafrikanischen Republik war die Dominanz der ehemaligen Kolonialmacht Frankreich offensichtlich. Sie hat unilateral militärisch interveniert und erst anschließend die EU um Unterstützung gebeten. Zeichnet sich hier ein neuer Trend ab? **Dustin Dehez** hat die jüngsten Interventionen mit früheren Militäroperationen verglichen. Er kommt zu dem Schluss, dass Frankreich sich ernsthaft darum bemüht, von den Alleingängen wegzukommen und die Europäische Union stärker einzubinden – mit weitreichenden Folgen auch für das EU-Mitgliedsland Deutschland.

Ob sich an diesen Friedenseinsätzen mehr deutsche Soldaten beteiligen sollten, ist daher eine Frage, die dringend beantwortet werden muss. Die Bundestagsabgeordneten **Roderich Kiesewetter** von der CDU/CSU-Fraktion und **Stefan Liebich** von der Fraktion Die Linke nehmen dazu Stellung.

Neben den Fragen der Friedenssicherung müssen sich Deutschland und Europa aber auch mit der Post-2015-Entwicklungsagenda auseinander setzen. **Amina Mohammed**, Sonderberaterin des UN-Generalsekretärs für die Entwicklungsplanung nach 2015, gibt im Interview Auskunft über den Stand des Verhandlungsprozesses, mögliche Rechenschaftsmechanismen und die Verantwortung der Mitgliedstaaten.

Teil der Post-2015-Agenda wird sein, die Staaten dazu aufzufordern, verstärkt auf erneuerbare Energien zu setzen und traditionelle Energiequellen effizienter zu nutzen. Seit einigen Jahren befassen sich die Vereinten Nationen intensiv mit diesem Thema. Im Mittelpunkt der Aktivitäten stehen ein Internationales Jahr, eine Dekade und eine Initiative (Sustainable Energy for All – SE4ALL). Mit Hilfe dieser Instrumente sollen drei Ziele bis 2030 erreicht werden: Zugang für alle zu moderner Energie, Verdopplung der Energieeffizienz und Verdopplung des Anteils an erneuerbaren Energien. **Harry Hoffmann** und **Ralf Uckert** stellen die drei Ziele, Instrumente und maßgeblichen Akteure innerhalb der UN-Familie vor und bewerten sie.

Ich wünsche eine anregende Lektüre.

Anja Papenfuß, Chefredakteurin
papenfuss@dgvn.de